Baden-Württemberg

>IMPRESSUM

Verantwortlich: Roman Zitzelsberger, **Redaktion**: Petra Otte, Uli Eberhardt **Anschrift:** IG Metall-Bezirk Baden-Württemberg, Stuttgarter Straße 23, 70469 Stuttgart, Telefon 0711 16 58 1-0, Fax 0711 16 58 1-30

(▶) bezirk.baden-wuerttemberg@igmetall.de **(▶)** bw.igm.de



Zukunft für Arbeitsplätze

Mahle und MTU Ingesamt 18 000 Arbeitsplätze konnten bei Mahle und MTU für die nächsten Jahre gesichert werden. Hand in Hand kämpften Belegschaften, Betriebsräte und IG Metall teils über viele Monate für die Zukunft von Standorten und Beschäftigung und werden sich weiter dafür einsetzen.

Für 14 000 Beschäftigte bei Mahle gilt ab sofort: »Niemand verlässt das Unternehmen gegen seinen Willen bis Ende 2020«, so der Stuttgarter IG Metall-Bevollmächtigte Uwe Meinhardt. Stellenabbau kann nur freiwillig oder zum Beispiel über die auf sechs Jahre verlängerte Altersteilzeit erfolgen. Etwa eineinhalb Jahre hat es gedauert, bis für die 30 Mahle-Standorte ein Gesamtpaket geschnürt werden konnte, berichtet Uwe Schwarte, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats. Dazu gehören etwa auch die unbefristete Übernahme der Azubis und eine Vertrauensarbeitszeit. Mahle kann bei Auftragsschwankungen die Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden ohne Ausgleich reduzieren. Dafür sichert der Konzern Investitionen zu, etwa in Leibertingen (Kreis Sigmaringen), wo auf die Beschäftigten vorübergehend 38 Wochenstunden zukommen. Von seinen Verkaufs- und Verlagerungsabsichten konnte der Konzern trotz aller Proteste nicht abgebracht werden. Das Werk Schwäbisch Hall soll geschlossen, die Industriefiltration in Öhringen verkauft werden. Jetzt

sehen die Betriebsräte ihre Hauptaufgabe darin, mit der Konzernleitung über Zukunftsthemen zu verhandeln, so Schwarte: »Damit wir die Arbeitsplätze über 2020 hinaus sichern können.« Mahle steht wie die ganze Autoindustrie vor einem tiefgreifenden Wandel. »Wir sehen uns das Knowhow aller Standorte an und überlegen, was daraus Neues entstehen kann.«

»Gutes Paket« für MTU Für etwa 4000

Beschäftigte bei MTU und Rolls-Royce Power Systems in Friedrichshafen werden betriebsbedingte Kündigungen nun bis Ende März 2020 ausgeschlossen. In der »Vereinbarung zu Beschäftigungssicherung und Zukunftsgestaltung« wurden außerdem Arbeitszeitbandbreiten von 28 bis 40 Wochenstunden über verschiedene Konten geregelt. Beschäftigte können ihre Arbeitszeit künftig lebensphasenorientiert gestalten (Pflege, vorübergehende Absenkung, Auszeit) und mobile Arbeit nutzen. Die Altersteilzeit wurde ausgebaut, die Leiharbeit begrenzt und die Auslerner sollen weiter unbefristet übernommen werden. Die Zahl der Beschäftigten mit 40 Wochenstunden wird dafür von 18 auf 30 Prozent erhöht. Eine einheitliche Standardprämie von 15 Prozent wird eingeführt, übertarifliche Entgeltbestandteile werden teilweise angerechnet. Für den IG Metall-Bevollmächtigten Enzo Savarino »ist das ingesamt ein gutes Paket - vier Jahre sichere Arbeitsplätze und gute Regelungen für die Beschäftigten«. Betriebsratsvorsitzender Thomas Bittelmeyer sieht darin einen Meilenstein, einmalig in der Firmengeschichte: »Die Sicherheit für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie sehr moderne und flexible Regelungen ermöglichen endlich wieder den Blick nach vorne in eine hoffentlich ruhigere Zukunft.« Achim Zinser, freigestellter Betriebsrat und Mitglied der Verhandlungskommission, kommentiert: »Dank der Expertise der IG Metall konnten wir nicht nur Beschäftigung für vier Jahre sichern, wir haben mit modernen Vereinbarungen Lösungen geschaffen, um die Arbeitswelt von heute und morgen zu gestalten und damit eine sichere Zukunft ermöglicht.« Dietmar Selg, ebenfalls in Verhandlungskommission und Betriebsrat, ergänzt: »Ich bin stolz auf das Ergebnis, noch nie haben wir in so kurzer Zeit so viele moderne und wegweisende Betriebsvereinbarungen abgeschlossen.«

Uli.Eberhardt@email.de

Erhard bleibt tarifgebunden

Da war was los bei Erhard Armaturen in Heidenheim: Die ganze Belegschaft in roten IG Metall-T-Shirts mit der Aufschrift »Wir sind Metaller – aktiv für Tarif«, dazu eine drei Tage dauernde außerordentliche Betriebsversammlung und Dienst nach Vorschrift. Der Grund: Die Geschäftsleitung hatte Kündigungen ausgesprochen, die nicht im aktuellen Interessensausgleich und Soziaplan vereinbart waren. Außerdem drohte sie we-



Aktiv für Tarif bei Erhard

gen schwieriger Geschäftslage mit dem Austritt aus der Tarifbindung. »Der Druck, den wir gemeinsam mit der Belegschaft aufgebaut haben, hat Wirkung gezeigt«, sagt Heidenheims IG Metall-Bevollmächtigter Ralf Willeck. Die Pläne waren gleich vom Tisch. Der Kompromiss: Die tarifliche Entgelterhöhung wird einmalig über das Weihnachtsgeld kompensiert.

Transco Mannheim: Betriebsrat gewählt

Bei Transco in Mannheim, dem Logistikdienstleister auf dem Gelände von Daimler, gibt es nun einen Betriebsrat. Die Wahlbeteiligung in der stark fluktuierenden Belegschaft lag bei fast zwei Dritteln. Alle neun gewählten Betriebsräte sind IG Metall-Mitglieder. »Die Mitbestimmung bei Transco wurde durch das Engagement der Beschäftigten etabliert«, sagt IG Metall-Bevollmächtigter Reinhold Götz. »Gemeinsam können wir uns nun effektiv für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen einsetzen.« Jetzt sollen Tarifverhandlungen aufgenommen und ein großer Teil der Leiharbeiter fest eingestellt werden.



Bei Bosch AS in Bietigheim (vormals ZF Lenksysteme) spitzte sich im April die Auseinandersetzung um die Zukunft von 300 Arbeitsplätzen zu. Die Beschäftigten gingen für ihre Forderung nach einem Sozialtarifvertrag mit langfristiger Zukunftssicherung auf die Barrikaden. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe gab es noch kein Ergebnis der Verhandlungen. Aktuelle Infos über ludwigsburg.igm.de.

Beispielhaft behindertenfreundlich

Auszeichnung für die Schwerbehindertenarbeit bei Heller in Nürtingen

Beim Maschinenbauer Heller in Nürtingen ist »die Integration von Menschen mit Behinderungen Teil der Unternehmenskultur«, so Jürgen Klinger, Direktor des Kommunalverbandes Jugend und Soziales (KVJS) Baden-Württemberg. Die Fachjury des Verbandes, der auch Gewerkschafter angehören, verlieh Heller kürzlich die Auszeichnung »beispielhaft behindertenfreundlicher Arbeitgeber«.

Zu verdanken ist das vor allem der engagierten Arbeit von Schwerbehindertenvertreter Jürgen Merkle und – darauf legt er Wert – seinem Pendant auf Arbeitgeberseite, Personalreferent Alexander Groebe. »Es geht nur, wenn gemeinsame Überzeugungen dahinterstehen und der Arbeitgeber mitspielt«, so Merkle. »In der Sache streiten wir oft. Wir raufen uns aber zusammen und versuchen immer alles für die bestmögliche Lösung.«

So wie im Fall von Dieter Wurster, der nach über 40 Jahren in der Blechbearbeitung massive Rükkenprobleme bekommen hatte. Die Lösung war ein Kran, der es dem gelernten Maschinenschlosser und überzeugten Metaller ermöglicht, die Werkstücke ohne Bücken anzuheben. Wurster konnte bei Heller beschäftigt bleiben und hatte seither wegen des Rückens keinen Ausfalltag mehr. Sonst wäre er – Jahrgang 1958 – »jetzt ein armer Frührentner oder beim Jobcenter«.

»Das ist Inklusion« Auch für den gehörlosen Industriemechaniker-Azubi wurden Lösungen gefunden. »Wir haben Ausbilder und Kollegen geschult, damit sie wissen, wie er kommuniziert«, so Merkle. Im Brandfall würde ihn ein mit dem Alarmsystem verbundenes, dann vibrierendes Smartphone warnen. Zur Berufsschule hätte er ins Ruhrgebiet nach Essen fahren sollen, »ein Unding«. Jetzt ist er über ein



Jürgen Merkle, Schwerbehindertenvertreter bei Heller

elektronisches Hörsystem mit den Lehrern verbunden und kann vor Ort zur Schule gehen. »Das ist bei uns Inklusion! Es ist so selbstverständlich, dass es im Alltag gar nicht mehr auffällt.« Heller stellt übrigens in jedem Lehrjahr ein bis zwei behinderte Azubis ein.

All diese Maßnahmen kosten viel Geld, Merkle ist deshalb Spezialist im Beantragen von Geldmitteln geworden. 23 000 Euro kostete der Kran für Dieter Wurster, die Rentenversicherung übernahm davon 18 000. »Von sich aus tun die Träger nichts, da muss man selber aktiv werden. Leider machen viele Betriebe hier gar nichts.«

So liegt die Behindertenquote bei Heller nun schon viele Jahre über den gesetzlich vorgeschriebenen fünf Prozent, zur Zeit bei über sieben. Merkle sagt: »Mindestens fünf Prozent heißt es, nicht höchstens. Das verwechseln viele Arbeitgeber.« Auf die Ehrung des KVJS ist er gemeinsam mit Groebe »sehr stolz«: Der KVJS ist Träger des Integrationsamtes und beauftragt die landesweiten Integrationsfachdienste für Behinderte. »Eine qualifiziertere Beurteilung gibt es kaum.«